



Energie-Control Austria (E-Control)
Rudolfsplatz 13A
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Th/Ni	Josef Thoman	DW 2263 DW 2532	07.05.2014

Verordnung der Energie-Control Austria über den Wechsel, die Anmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung 2014)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des im Betreff genannten Verordnungsentwurfes und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Gemäß § 76 Abs 7 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 (EIWOG 2010) und § 123 Abs 7 Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) ist die Regulierungsbehörde ermächtigt, im Bereich des Lieferanten- bzw Versorgerwechsels relevante Verfahren durch Verordnung zu regeln. Mit den beiden Wechselverordnungen für den Strom- und Gasbereich aus dem Jahre 2012 erfolgten aufgrund der Automatisierung des Wechselprozesses durch Einrichtung einer Wechselplattform seitens der Verrechnungsstelle bereits wesentliche Änderungen. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf werden nun Anpassungen im Zusammenhang mit dem Fristenlauf sowie mit der Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben über den Online-Wechsel durchgeführt. Durch die Automatisierung des Wechselprozesses sowie der neu geschaffenen Möglichkeit des Online-Wechsels, soll der Lieferantenwechsel für die KonsumentInnen wesentlich einfacher und schneller funktionieren. Das wird von der BAK ausdrücklich begrüßt. Allerdings verweist die BAK darauf, dass gerade bei der elektronischen Übertragung von persönlichkeitsbezogenen Daten ein effektiver Datenschutz dringend erforderlich ist. Das zeigen auch zahlreiche Erfahrungen im Hinblick auf Datenmissbrauch in anderen Bereichen. Daher plädiert die BAK dafür, der Bedeutung des Datenschutzes auch dadurch gerecht zu werden, indem bei den Bestimmungen zur Willenserklärung (§ 4) und zur Vollmachterteilung (Punkt 1.2. in der Anlage) ausdrücklich auf die Einhaltung des Datenschutzes verwiesen wird.

Darüber hinaus ersucht die BAK um Anpassungen bzw Ergänzungen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Ermittlung von Verbrauchsdaten
- Vollmacht und Vollmachtserteilung
- Verweigerung der Durchführung von Verfahren

Zu § 3: Dauer, Einleitung und Durchführung der Verfahren

Nach Ansicht der BAK sollte auch ein Verfahrensschritt eingebaut werden, um die Zählerstände zum Wechseltermin exakt festzustellen und diese als Basis für die Endabrechnung des bisherigen Lieferanten heranzuziehen. In diesem Zusammenhang ist zum Punkt 2.2.6. der Anlage „Ermittlung sowie Übermittlung von Verbrauchsdaten nach Abschluss des Wechsels im eigentlichen Sinn“ kritisch anzumerken, dass dieser Punkt zu einer Verschlechterung für die KonsumentInnen führt: Denn nach der bisherigen Regelung ist der/die Verbraucher/in berechtigt, seinen/ihren Zählerstand frühestens 5 Tage vor dem Wechseltermin bzw innerhalb von 5 Tagen nach dem Wechseltermin bekanntzugeben. Der Netzbetreiber hat auch auf Verlangen des/der Endverbrauchers/in des neuen oder des aktuellen Lieferanten die Ablesung vorzunehmen. Diese Möglichkeit findet sich im vorliegenden Entwurf nicht mehr. Nach Ansicht der BAK ist jedenfalls sicherzustellen, dass die Verbrauchsermittlung zum Wechseltermin auf reellen Werten basiert und nicht auf rechnerisch ermittelten. Die BAK schlägt hier vor, dass der Verteilernetzbetreiber aktiv auf die Zählerablesung hinzuweisen hat und dem/der Kunden/in die Möglichkeit gibt, mittels Zählerstandskarte, telefonisch oder per E-Mail die Zählerstände bekannt zu geben. Diese Zählerstände sind zur exakten Rechnungsabgrenzung, als Basis für die Endrechnung des bisherigen und als Startzählerstand für den neuen Lieferanten, verbindlich zu verwenden.

Zu § 4: Willenserklärung

Voraussetzung für die Einleitung und Durchführung des Wechselverfahrens ist eine "entsprechende Willenserklärung des Endverbrauchers" (§ 4 Abs 1), das heißt, es muss eine entsprechende Bevollmächtigung des/der Endverbrauchers/in vorliegen. Grundsätzlich gilt, dass hierbei sämtliche Willenserklärungen des/der Endverbrauchers/in gegenüber dem Netzbetreiber oder Lieferanten formfrei möglich sein müssen. Der neue Lieferant hat diese Bevollmächtigung gegenüber dem alten Lieferanten und dem Netzbetreiber nur glaubhaft zu machen. Kernstück des nun vorliegenden Verordnungsentwurfes sind Bevollmächtigungen, die der/die Endverbraucher/in elektronisch abgibt (Online-Bevollmächtigungen). Die Verordnung selbst gibt keine Vorgaben hinsichtlich der anzuwendenden Methode zur Sicherstellung der Identifikation und Authentizität des/der Endverbrauchers/in. Allerdings wird in den Erläuternden Bemerkungen auf das Gutachten im Auftrag der E-Control verwiesen, in dem als geeignete Methode eine Identifizierung und Authentifizierung mittels „E-Mail-Identifizierung“ und Zählpunktbezeichnung empfohlen wird. Grundsätzlich erscheint der BAK diese Methode als geeignet, um Missbräuche möglichst hintanzuhalten. Trotzdem ersucht die BAK, spätestens nach einem Jahr, die von den Lieferanten in der Praxis tatsächlich angewendeten Methoden, im Hinblick auf ihre Missbrauchsresistenz und KonsumentInnenfreundlichkeit zu überprüfen.

Zu § 5: Verweigerung der Durchführung von Verfahren

Absatz 2 Punkt 1 sieht vor, dass die Durchführung der Verfahren durch den aktuellen Lieferanten auch bei bestehender Mindestvertragsdauer des Energieliefervertrages nicht verweigert werden darf. Im Anhang zum Ablauf der Verfahren wird geregelt, dass der aktuelle Lieferant im Falle eines auch nach dem Wechseltermin noch aufrechten Vertragsverhältnisses einen Einwand gegen den Wechsel erheben kann. Der aktuelle Lieferant hat die Information aus welchem Grund ein Einwand erhoben wird an den neuen Lieferanten und den Netzbetreiber (standardisiert) zu melden. Der neue Lieferant hat anschließend die Möglichkeit auf einen Wechsel zu beharren. Ist dies nicht der Fall kommt es zu einem Abbruch des Wechsels und der neue Lieferant hat den/die Endverbraucher/in umgehend über den Grund des Abbruchs zu informieren. Die BAK begrüßt diese Regelung, weil sie dazu führt, dass der neue Lieferant, der Netzbetreiber und vor allem den/die Endverbraucher/in zeitnah darüber informiert werden, dass kein Wechsel zum geplanten Termin erfolgen kann und warum dies der Fall ist.

Bisherige Beschwerden von KonsumentInnen zeigen, dass der Energielieferant durch die Behauptung einer Mindestvertragsdauer die Wechseldurchführung blockiert oder verzögern kann. Wird die Verfahrensdurchführung damit verweigert, muss der/die Wechselkunde/in von sich aus aktiv werden, um den Grund einer nicht raschen Durchführung bei seinem neuen Lieferanten zu erfragen. Dieser verweist ihn dann wieder an seinen aktuellen Lieferanten, um zu klären, weshalb ein Wechsel blockiert wird. Die neue Regelung ist daher auch auf ihre Praxistauglichkeit im Hinblick auf die Verhinderung dieser Behinderungstaktiken zu überprüfen.

Abschließend möchte die BAK noch darauf hinweisen, dass sich der in den Erläuternden Bemerkungen angeführte Punkt 6.8. in der Anlage zur vorliegenden Verordnung nicht findet. Die BAK geht von einem redaktionellen Fehler aus, denn dieser Punkt würde dem Punkt 5.8. im Anhang der derzeit geltenden Wechselverordnung 2012 „Prozessüberwachung“ entsprechen. Es ist abzuklären, ob dieser Text in unveränderter Form übernommen wird oder, ob es zu Änderungen kommen soll. Im letzteren Fall müsste nach Ansicht der BAK die Änderungen nachgereicht werden.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungsvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Kaske
Präsident
F.d.R.d.A.

Maria Kubitschek
iV des Direktors
F.d.R.d.A.